

Beamte klagen über Lobbyismus

Deutsche Bürokraten monieren übermäßigen Einfluss · Europaweite Studie

Von Nils Kreimeier, berlin

Lobbyisten stellen nach Ansicht deutscher Verwaltungsangestellter ein Problem für demokratische Entscheidungen dar. In einer Erhebung der PR-Agentur Burson-Marsteller unter europäischen Bürokraten sagten 58 Prozent der deutschen Befragten, es gebe einen "übermäßigen Einfluss" von Lobbying auf den demokratischen Prozess. Im Durchschnitt der 16 befragten Staaten hielten dies nur 23 Prozent für ein Problem. Außerdem kritisierte eine deutliche Mehrheit der deutschen Gesprächspartner den "Mangel an Transparenz". Auch hier zeigten sich die Deutschen besonders sensibel im europäischen Vergleich. Die Studie lag der FTD vorab vor. Pro Land wurden mindestens 30 Vertreter aus Politik und Verwaltung befragt.

Die Umfrage zeigt, dass in Deutschland nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die Entscheidungsträger Lobbyismus mit großer Skepsis begegnen - weshalb das Thema sich eignet, um im politischen Wettbewerb eingesetzt zu werden. Erst im vergangenen Wahlkampf hatte der Fall der Kanzlei Linklaters für große Empörung gesorgt, als bekannt

wurde, dass die Juristen den Entwurf für ein Bankenrettungsgesetz des Bundeswirtschaftsministeriums komplett formuliert hatten.

Selbst da, wo die Befragten positive Eigenschaften der Lobbyarbeit aufzählen, wird deutlich, welchen Einfluss sie ihr beimessen. So glauben 74 Prozent der deutschen Teilnehmer, dass Lobbyismus "die nationale Bedeutung einer Angelegenheit" deutlich machen kann.

Nach Ansicht der Autoren der Studie treffen Interessenvertreter daher in Deutschland auf ein besonders schwieriges Umfeld. "Lobbying in Deutschland setzt die Fähigkeit voraus, mit der distanzierten Grundhaltung umzugehen", sagte Marco Hardt, der für Burson-Marsteller den deutschen Teil der Studie betreute. Allerdings gebe es nachweislich ein großes Interesse an Informationen. "Gehör und Akzeptanz finden deshalb Interessenvertreter, die sich auf sachliche Argumente und Fakten konzentrieren", sagte Hardt. Tatsächlich billigt eine Mehrheit der deutschen Befragten manchen Lobbyisten die Fähigkeit zu, "im richtigen Moment die richtige Information" zu liefern.

Als besonders unempfindlich im Hin-

blick auf eine mögliche Gefahr für demokratische Entscheidungen erwiesen sich die nordeuropäischen Staaten. Ein möglicher Grund liegt darin, dass Beamte dort als besonders unbestechlich gelten. Dänemark, Schweden oder Norwegen erreichen regelmäßig sehr positive Bewertungen bei Transparency International. Die Nichtregierungsorganisation setzt sich für die Bekämpfung von Korruption ein.

Die deutschen Befragten halten den Einfluss einzelner Unternehmen für größer als den traditioneller Wirtschaftsverbände - anders als die meisten ihrer europäischen Kollegen. Europaweit aber gelten zwei Branchen als besonders erfolgreich bei der Durchsetzung ihrer Interessen - die Energieversorger und die pharmazeutische Industrie. Dem in der Finanzkrise sehr aktiven Bankensektor und der Agrarwirtschaft wird hingegen eine schwächere Rolle eingeräumt.